



WHAT THE FACTS?!

Für jeden eine Wahrheit

Kenan Malik

Politik beruht auf der Bereitschaft, zuzuhören, die eigenen Überzeugungen zu hinterfragen und anderen entgegenzukommen. Die Erosion dieser Offenheit erzeugt das Gefühl, in einem post-truth-Zeitalter zu leben. Teil IV unserer Serie über das „Postfaktische“.

Gefälschte Nachrichten. Alternative Fakten. Post-truth-Politik. Diese drei Themen beherrschen die derzeitigen Diskussionen. Sie sind verbunden mit der Sorge darüber, wie wir zwischen wahren und falschen Behauptungen unterscheiden können, und sie alle sind dem Anschein nach mit der Wahl von Donald Trump zum US-amerikanischen Präsidenten verknüpft. Trumps Wahlsieg wurde in den Augen vieler von einer Welle gefälschter Nachrichten begünstigt. Seine Neigung zu lügen, wie beispielsweise über die Anzahl der Zuschauer bei seiner Amtseinführung, wurde von seiner Beraterin Kellyanne Conway zur Akzeptanz „alternativer Fakten“ umgedeutet. Viele sind der Meinung, Trumps Wahlsieg habe gezeigt, dass wir im Zeitalter der post-truth-Politik leben, in dem Fakten für die politische Meinungsbildung großer Teile der Wählerschaft irrelevant geworden sind.

Alle drei Themen sind bedeutende Probleme, aber wir interpretieren sie oft fehlgeleitet, was eher dazu beiträgt, die Besonderheiten der heutigen Politik zu verdecken als sie zu erklären.

Wie ich bereits in einem anderen Artikel erörtert habe, sind gefälschte Nachrichten nichts Neues. Von H. L. Menckens erfundenem Bericht über eine entscheidende Schlacht im russisch-japanischen Krieg bis zur Publikation einer Reihe von Artikeln Henry Fords über eine jüdische Weltverschwörung, basierend auf den gefälschten „Protokollen der Weisen von Zion“; von den Lügen über die Tragödie in Hillsborough bis zu den weltweit verbreiteten Nachrichten über irakische Massenvernichtungswaffen, die es gar nicht gab: Als Nachrichten getarnte Lügen sind so alt wie Nachrichten selbst. Was heute neu ist, sind nicht die Nachrichten, sondern deren Lieferanten.

In der Vergangenheit wurden Nachrichten und Informationen von Regierungen, politischen Institutionen und Zeitungen manipuliert. Heute ist jeder mit einem Facebook-Account dazu in der Lage. Statt der alten, sorgsam zusammengestellten gefälschten Nachrichten gibt es heute einen regellosen Strom von Lügen. Ebenso wie

die Institutionen der Elite ihren Zugriff auf die Wählerschaft verloren haben, ist auch ihre Fähigkeit erodiert, als „gatekeeper“ von Nachrichten zu agieren, die definieren, was wahr ist und was nicht.

Heute sind die politischen Bezugssysteme zersplittert und mehr von Identität als von Ideologie geprägt.

Auch der Begriff der „alternativen Fakten“ ist nicht neu, seine Geschichte ist jedoch komplexer. Donald Trumps Behauptung, mehr Menschen seien zu seiner Amtseinführung erschienen als zu jener davor, war offensichtlich falsch. Bemerkenswert war nicht nur die Lüge, sondern auch deren Verteidigung. Indem sie nahelegte, die Falschmeldung sei eine „alternative“ Wahrheit, basierend auf „alternativen“ Fakten, bezog sich Conway auf eine Reihe von Konzepten, die Radikale in den vergangenen Jahrzehnten angewandt haben – nicht um zu lügen, sondern um die Macht etablierter Wahrheiten anzugreifen, in-

dem sie darauf bestanden, dass das, was „Fakten“ oder „Wissen“ darstellt, immer relativ zu einem bestimmten Kontext oder einer Gruppe sei.

Philosophen bezeichnen diese Behauptung als „epistemischen Relativismus“: Die Überzeugung, dass der Unterschied zwischen wahr und falsch nicht in einer objektiven Realität, sondern in verschiedenen sozialen Konventionen wurzelt und dass es viele radikal unterschiedliche, unvereinbare und dennoch gleichermaßen gültige Wege der Welterkenntnis gibt.

Der epistemische Relativismus hat in den vergangenen Jahrzehnten im akademischen Bereich an Popularität gewonnen, vor allem durch den Postmodernismus. Der Postmodernismus ist ein schwer zu definierender Begriff; sein Kern ist die Feindschaft gegen das Projekt der Aufklärung, eine universale Auffassung aus fragmentierten Erfahrungen zu schaffen, unseren Beobachtungen der sozialen und natürlichen Welt Kohärenz zu verleihen. Da kein Mensch eine „göttliche Sicht“ besitzt, so die Argumentation der Postmodernisten, kann jeder Mensch nur aus einer partikularen Perspektive sprechen, einer Perspektive, die von spezifischer Erfahrung, Kultur und Identität geprägt ist. „Wahrheit“ ist demnach notwendigerweise



FOTO: WIKIMEDIA

Verteidigt den Universalismus:
Der Publizist Kenan Malik.

lokal und spezifisch für die jeweiligen Gesellschaften oder Kulturen.

Als akademische Theorie erscheinen solche Ideen verworren und zweifelhaft. Dennoch hat die Idee vom relativen Wissen breiteren gesellschaftlichen Anklang gefunden, von der Behauptung, Frauen würden auf eine distinkte Art und Weise denken, bis hin zur Befürwortung „alternativer Medizin“.

Ein Grund dafür war die Bereitschaft vieler Teile der Linken, eine relativistische Perspektive zu übernehmen. Einst hatte sie die universalistische Sichtweise der Aufklärung vertreten, eine Sichtweise, die viele große radikale Bewegungen angetrieben hat, die die moderne Welt prägen; von antikolonialen Kämpfen über die Bewegung für das Frauenwahlrecht bis zum Kampf für die Rechte von Homosexuellen.

Heute jedoch sind Radikale eher geneigt, den Universalismus als „eu-

rozentrisches Projekt“ zu schmähen. Die Ideen der Aufklärung, argumentieren viele, sind aus einer bestimmten Kultur und Geschichte heraus entstanden und sprechen spezifische Bedürfnisse, Wünsche und Geisteshaltungen an. Nichtwestliche Gesellschaften müssten deshalb ihre eigenen Begriffe und Werte entwickeln, basierend auf ihren spezifischen Kulturen, Traditionen und Bedürfnissen; und nicht nur nichtwestliche Gesellschaften, sondern auch verschiedene soziale Gruppen in den westlichen Nationen, wie zum Beispiel Schwarze, Frauen oder Homosexuelle.

Die Akzeptanz dieses relativistischen Ansatzes ging in den vergangenen Jahren einher mit dem Aufkommen der Identitätspolitik und auch mit einer subjektiveren Weltsicht: dem Glauben daran, dass die Art, wie wir die Welt wahrnehmen oder empfinden, ebenso gültig ist wie ihr tatsächlicher Zustand. Beispielsweise

wird inzwischen weithin akzeptiert, dass Rassismus nur von dessen Opfern definiert werden könne. Andere bestehen darauf, dass sich die Ideen eines Schamanen aus dem Regenwald nicht fundamental von denen eines Laborwissenschaftlers unterscheiden, denn, wie es die Philosophin Sandra Harding ausdrückt: „Alle Wissenssysteme, auch die der modernen Wissenschaft, sind lokal.“

Die Ablehnung des Universalismus, die Übernahme des Relativismus und die Erhebung der Subjektivität über die Objektivität haben nichts Progressives. Jeder der drei Ansätze kann unter bestimmten Umständen nützlich sein, aber jeder ist als Grundlage eines Weltbildes äußerst problematisch. Relativismus und Identitätspolitik mögen in den vergangenen Jahrzehnten von Teilen der Linken übernommen worden sein – es handelt sich jedoch um zutiefst konservative Positionen. Sie kamen im späten 18. Jahrhundert im Rahmen der konservativen Reaktion gegen die Aufklärung auf und waren zentraler Bestandteil der Weltanschauung rassistischer Denker, die darauf beharrten, dass unterschiedliche Ethnien unterschiedliche kognitive Fähigkeiten hätten und von unterschiedlichen Werten angetrieben würden.

Das Neue heute ist, dass die Rechte, insbesondere die reaktionäre Rechte, begonnen hat, ihre eigenen Ideen wieder für sich zu beanspruchen. Für Alain de Benoist, den Gründer der „nouvelle droite“ in Frankreich, ist die „entscheidende Frage“ des 21. Jahrhunderts, ob die Menschen „in ihrem Glauben, ihren Traditionen und ihren Weltanschauungen die Mittel zum notwendigen Widerstand finden werden“. Jean-Marie Le Pen, der neonazistische Gründer des Front National, eignete sich Benoists Idee an und sagte: „Wir haben nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, unseren Nationalcharakter ebenso zu verteidigen wie das Recht auf Unterschiedlichkeit.“ Zu viele Linke haben in den vergangenen Jahren die Idee vom „Recht auf Unterschiedlichkeit“ als progressiv ausgegeben – nun wird sie von Reaktionären als ideologischer Rammbock verwendet. Die sogenannte Identitäre Bewegung – rechts-extreme Gruppen, die offen für die Identitätspolitik eintreten – ist heute in vielen europäischen Ländern wie Österreich und Frankreich verwurzelt.

Das Pendant dieser Bewegung auf der anderen Seite des Atlantiks ist die „Alt-Right“, die sich einem ihrer Anführer, Richard Spencer, zufolge „ganz um Identität“ drehe. Spencer behauptet,

Kenan Malik ist Publizist, Universitätsdozent und Rundfunkjournalist. 2009 hat er das Buch „From Fatwa to Jihad: The Rushdie Affair and Its Legacy“ veröffentlicht. Der hier abgedruckte Text mit dem Titel „Not post-truth as too many 'truths'“ ist zuerst am 5. Februar auf dem Blog des Autors, „Pandaemonium“ (kenanmalik.wordpress.com), erschienen.

Was „Fake-News“ sind, darüber entscheidet seiner Auffassung nach nur er allein: US-Präsident Donald Trump.



FOTO: WIKIMEDIA

tet, weiße Menschen besäßen ihre eigene Kultur, Werte, Überzeugungen und Denkmuster, die nicht durch Immigration oder Vermischung verschiedener Kulturen geschwächt werden dürften. Über die Kampagne Trumps sagte er: „Es war das erste Mal in meinem Leben, dass Identitätspolitik für weiße Menschen zum Thema gemacht wurde.“

In politischen Kämpfen ist es nicht wichtig, wer du bist, sondern woran du glaubst; in identitären Kämpfen ist das Gegenteil der Fall.

Als ich zuvor darauf hingewiesen habe, dass die Idee von den „alternativen Fakten“ auf „einer Reihe von Konzepten basiert, die in den vergangenen Jahrzehnten von Radikalen verwendet wurden“, wollte ich damit nicht nahelegen, dass Kellyanne Conway oder Steve Bannon oder gar Donald Trump Foucault oder Baudrillard gelesen haben, oder dass es das Ziel der postmodernen Linken war, Lügen akzeptabel zu machen. Vielmehr haben Teile der Hochschulen und der Linken in den vergangenen Jahrzehnten dazu beigetragen, eine Kultur zu schaffen, in der die relativistische Sicht von Fakten und Wissen unproblematisch erscheint. Dadurch ist es für die reaktionäre Rechte nicht nur einfacher geworden, sich reaktionäre Ideen wieder anzueignen, sondern auch, für diese zu werben. Außerdem ist die Linke

derzeit nicht in der Lage, der identitären Rechten entgegenzutreten, da sie selbst jahrzehntlang für den Relativismus und die Identitätspolitik gewonnen hat.

Was ist von der Idee eines post-truth-Zeitalters zu halten? Dem Historiker Daniel T. Rogers zufolge ist das Auffällige an unserer Epoche nicht, dass sie keine Wahrheiten gibt, sondern dass sie mit „Wahrheiten“ gesättigt erscheint. Das Problem ist, dass viele dieser Wahrheiten nicht viel mehr bedeuten als „Das ist, was ich glaube“ oder „Das ist, wovon ich denke, dass es wahr sein sollte“. Wir scheinen in einem Zeitalter mit unzähligen Wahrheiten zu leben, die im Wettbewerb zueinander stehen. Jede besteht auf ihren eigenen Wahrheitsanspruch, ihre jeweiligen Vertreter lehnen es ab, andere „Wahrheiten“ zu diskutieren oder auch nur zur Kenntnis zu nehmen.

Wissenschaftliche Wahrheiten stimmen, obwohl wissenschaftliches Wissen notwendigerweise provisorisch ist, in etwa überein mit der Welt, wie sie ist. Bei politischen und moralischen Wahrheiten ist das anders. Diese sind nicht nur Anschauungen der Welt, wie sie ist, sondern auch der Welt, wie wir sie uns wünschen. Politik beruht nicht nur auf Fakten, sondern auch auf ideologischen Rahmen, in denen Fakten interpretiert werden. Diese Rahmen helfen uns zu bestimmen, in welcherlei Welt wir gerne leben würden. Und weil diese verschiedenen Rahmen widersprüchliche Anschauungen über unserer Welt enthalten, basiert Politik auf der Bereitschaft, öffentlich zu diskutieren, der Bereitschaft, anderen zuzuhören

und unsere eigenen Überzeugungen zu hinterfragen, anderen entgegenzukommen und uns zu ändern. Die Erosion dieser Bereitschaft und Offenheit gibt uns nun das Gefühl, in einem post-truth-Zeitalter zu leben.

In der Vergangenheit wurden politische Bezugssysteme überwiegend auf der Grundlage der ideologischen Trennung zwischen links und rechts konstruiert. Es gab natürlich viele Varianten von beiden, aber was jede bot, war eine spezifische ideologische Sichtweise auf die Welt, um dieselben Fakten verschieden zu interpretieren und zu anderen Schlussfolgerungen über Politik zu kommen.

Heute sind diese politischen Bezugssysteme zersplittert und mehr von Identität als von Ideologie geprägt. Die Bezugssysteme, in denen wir die Welt interpretieren, sind immer weniger „liberal“, „konservativ“, „sozialistisch“ oder „kommunistisch“, sondern „muslimisch“, „weiß“, „amerikanisch“ oder „schwarz“. Wenn heute jemand von „liberal“ oder „konservativ“ redet, wird das ebenso sehr als kulturelle Identität wie als politischer Standpunkt gesehen. Politische Kämpfe spalten zwar Gesellschaften entlang ideologischer Linien, vereinigen sie jedoch über ethnische und kulturelle Spaltungen hinweg. Auf kultureller, ethnischer oder religiöser Identität gegründete Kämpfe führen zwangsläufig zu einer Zersplitterung. In politischen Kämpfen ist es nicht wichtig, wer du bist, sondern woran du glaubst; in identitären Kämpfen ist das Gegenteil der Fall.

Rogers zufolge ist das Resultat solcher sozialer Veränderungen folgendes: „Die grundlegende Idee von

Politik als einem Akt der Abwägung, in dem Menschen mit unvermeidbar verschiedenen Wünschen und Ausgangspositionen zu einem gemeinsamen Ergebnis kommen müssen, das sich vorher so womöglich niemand vorgestellt hatte, ist entwertet.“ Ob es um die Globalisierung oder die Erderwärmung geht: Jeder hält an seiner Sicht der „Wahrheit“ fest und lehnt es ab, sich mit „anderen“ Sichtweisen zu befassen. Wahrheiten, so Rogers, „gleiten ohne Berührung aneinander vorbei“. Das ist weniger eine post-truth-Welt als eine Welt mit zu vielen losgelösten „Wahrheiten“, eine Welt, die zugleich zu relativ und zu absolut ist.

Gefälschte Nachrichten, alternative Fakten und das Gefühl, in einer post-truth-Welt zu leben, sind Symptome einer tieferliegenden Problematik, alle verbunden mit einer immer stärker fragmentierten Welt, deren Teile immer weniger bereit sind, sich miteinander zu befassen. Bis wir damit anfangen, uns mit den grundsätzlichen Problemen zu beschäftigen, die die Erosion des Universalismus, der Aufstieg der Identitätspolitik und die Schaffung fragmentierter Gesellschaften mit sich bringen, wird jeder Versuch, diese Symptome zu bewältigen, den derzeitigen Zustand höchstwahrscheinlich nur weiter verschlechtern.

Aus dem Englischen von Felix Henne.